

## UNTERSCHRIFTEN IM PARLAMENT ÜBERGEBEN

# Ein Schritt zur Reichensteuer

5000 Steirerinnen und Steirer haben die KPÖ-Initiative unterstützt, Geldvermögen von mehr als einer Million Euro mit 5 Prozent zu besteuern. Eine steirische KPÖ-Abordnung hat nun die Unterschriften im Parlament übergeben. Jetzt ist der Nationalrat am Zug.



Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Renate Pacher übergaben die Unterschriften im Parlament.

Eine Reichensteuer ist angesichts der steigenden Armut und der Krise ein Gebot der Zeit. Die KPÖ schlägt eine Steuer von 5 Prozent auf Geldvermögen höher als eine Million Euro vor. 5000 Menschen haben dafür unterschrieben. Eine steirische KPÖ-Delegation hat die Unterschriften im Parlament übergeben. Dort wird die Reichensteuer nun behandelt.

Zum Forderungskatalog der KPÖ gehören neben der Steuer für Euro-Millionäre eine Entlastung

niedriger Einkommen und dafür ein höherer Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 75.000 Euro sowie die Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen. Dort sind ja Milliarden Euro extrem steuerschonend geparkt.

„Multimilliönäre wie Meinl, Grasser oder Bartenstein müssen jetzt einen Beitrag leisten, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von

Lohn- und Pensionskürzungen bedroht ist“, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.



## CLAUDIA KLIMT-WEITHALER Soziale Verantwortung

Mit 96,5 % der Stimmen wurde Claudia Klimt-Weithaler beim KPÖ-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2010 gewählt. Sie steht für soziale Verantwortung und konkrete Hilfe für Menschen in Notlagen.



Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden. Und wir haben Themen eingebracht, die ohne uns kaum Gehör gefunden hätten.“ – Claudia Klimt-Weithaler ist die Spitzenkandidatin der KPÖ für die Landtagswahl im Oktober 2010.

Claudia Klimt-Weithaler untermauert den Einsatz der KPÖ für soziale Gerechtigkeit mit Erfolgen, die die Partei in vier Jahren im Landtag verbuchen konnte. So wurde die Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe auf KPÖ-Antrag abgeschafft. Bei der Wohnbeihilfe wurden die Wartezeiten verkürzt, der Gratiskindergarten nach lan-

gem Drängen der KPÖ eingeführt, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürrzuschlag bleiben bestehen.

Die KPÖ-Spitzenkandidatin sieht einen klaren Auftrag für die Zukunft: „Wir setzen uns für die Bedürfnisse der Bevölkerung ein.“ Bei Sozialsprechstunden hilft die KPÖ praktisch weiter. Mit dem KPÖ-Sozialfonds – der Großteil der Gehälter der KPÖ-PolitikerInnen geht an Menschen in Not – leistet die KPÖ konkrete Hilfe. „Wir sind die Alternative zu herrschenden Parteien und zu den Rechten. Die KPÖ beugt sich nicht den Interessen der Mächtigen und verweigert faule Kompromisse“, so Klimt-Weithaler.

## SOZIALHILFE

# Verwandte müssen zahlen

Wer Sozialhilfe benötigt, muss Verwandte auf Unterhalt klagen. KPÖ kämpft gegen diese familienfeindliche Regelung.

Verwandte bei Gericht verklagen zu müssen, um zu Sozialhilfe zu kommen – das kann in der Steiermark passieren. Derlei Fälle haben sich in der Steiermark zuletzt gehäuft. Die KPÖ machte im Landtag auf das Problem aufmerksam.

Vor einem Jahr wurde der Regress – die Rückzahlungspflicht – abgeschafft. So sollten Men-

schen mit sehr geringem Einkommen von der Bürde befreit werden, ihre Familienmitglieder finanziell zu belasten. Diese mussten zuvor die bezogene Sozialhilfe zurückzahlen, falls die Betroffenen das selbst nicht konnten.

Jetzt wurde die Rückzahlungspflicht hinterrücks wieder eingeführt – dadurch, dass Leute, die um Sozialhilfe ansuchen, schon vor dem Bezug Unterhalt von ihren Verwandten einklagen müssen. „Das führt zu Zerwürfnissen in den Familien und ist unmenschlich“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.